

Jenseits des Alarmismus. Lampedusa und die Notwendigkeit eingreifender Wissenschaft¹

Gilles Reckinger

Der andauernde humanitäre Notstand der Bootsflüchtlinge wird – in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie – als Katastrophe kommuniziert. Die Maßnahmen im Namen des Flüchtlingsschutzes verschleiern die Verstärkung der Grenzsicherung. Doch bleiben die Perspektiven der Betroffenen und die Auswirkungen der Politiken auf die Realitäten vor Ort ausgeblendet – eine Aufgabe für eingreifende Wissenschaft.

Lampedusa, das europäische Grenzregime und die Ökonomie

Der Name Lampedusa ruft seit einigen Jahren bei den meisten Europäern und Europäerinnen unmittelbar Bilder wach. Es sind Bilder von kaum seetüchtigen, wackligen Kähnen, Schlauchbooten oder ausrangierten Fischerbooten, vollbesetzt mit Menschen mit meist dunkler Hautfarbe, die zusammengekauert einem besseren Leben entgegenfahren und allzu oft ihr Ziel nicht erreichen.² Diese Medienfotos bebildern oft sehr deutlich die Tragik der Überfahrt der BootsmigrantInnen von Afrika nach Europa über das Mittelmeer.

Dabei ist festzuhalten, dass viele dieser medialen Bilder gar nicht aus Lampedusa kommen. Ein bekanntes Foto zeigt etwa ein Flüchtlingsboot auf dem Weg zur Weihnachtsinsel in Australien. Bei anderen Bildern handelt es sich um Fotos von Presseagenturen, die immer wieder gezeigt – zitiert – werden, so dass es leicht ist, uns in die Irre führen zu lassen. Wir können diesen Bilder nicht trauen.

- 1 Beim vorliegenden Text handelt es sich um das nur geringfügig angepasste Vortragsmanuskript meiner Antrittsvorlesung vom 16.1.2014 an der Universität Innsbruck.
- 2 Aus urheberrechtlichen Gründen können nicht alle Fotos der Bildschirmpräsentation, die beim Vortrag gezeigt wurden, hier wiedergegeben werden.

Weithin bekannt ist ein weiteres Foto, von dem wir allerdings sicher sein dürfen, dass es auf Lampedusa aufgenommen wurde. Es sind Hunderte in einem Flughafenhanger aufgereihete Särge, vor denen die Bürgermeisterin der Insel, Giusi Nicolini, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Italiens Ministerpräsident Enrico Letta stehen. Das Foto entstand wenige Tage nach der medial sehr präsenten Katastrophe vom 3. Oktober 2013 mit 400 Toten, die unmittelbar vor der Küste der Insel ertranken.

Abbildung 1 und 2 sind auch Bilder aus Lampedusa. Es sind die Bilder, die die *lampedusani*, die Einwohner Lampedusas, lieber nach außen tragen. Ein Felsen von karger Schönheit, immer sonnenverwöhnt und mit spektakulärem Meerblick rundum, der im Sommer von tausenden Touristen und Touristinnen vor allem aus den italienischen Ballungsräumen besucht wird, die die afrikanische Sonne genießen wollen.

Das Luftbild der Insel aus dem Flugzeug (Abb. 3) steht als Sinnbild dafür, einen Schritt zurück zu treten, als Sinnbild für das Oszillieren zwischen Nähe und Distanz, zwischen Empathie und Analyse, das die ethnographische Arbeit erfordert.

Denn tatsächlich ist Lampedusa schon lange zu einem Etikett geworden: Das, was in Lampedusa fotografiert werden kann, entspricht nämlich eben nicht den Erwartungen – volle Boote, Flüchtlingseiland überall – bzw. es widerspricht ihnen sogar in den meisten Fällen. Die Fotos von den Flüchtlingsbooten stehen aber für Lampedusa, oder umgekehrt: Lampedusa steht für das, was an den Außengrenzen der Europäischen Union passiert. Dabei gerät unmittelbar und bleibend in Vergessenheit, dass die Situation an den Außengrenzen politisch und medial erzeugt ist.

Denn erst Anfang der 1990er Jahre begannen, zunächst sehr sporadisch, die ersten Bootslandungen in Lampedusa. Diese Landungen erfolgten spontan, meistens mit wenigen Menschen an Bord der Boote. Damals gab es keinerlei Infrastruktur, um die MigrantInnen erstzuversorgen oder unterzubringen. Die Einwohner Lampedusas taten das, was wahrscheinlich jede andere Inselbevölkerung auch getan hätte: Diejenigen, die sie an der Küste auffanden, boten den Schiffbrüchigen Hilfe an, nahmen die Menschen mit zu sich nach Hause, gaben ihnen zu essen, trockene Kleider und ein Bett und brachten sie am nächsten Tag zur lokalen Carabinieri-Station, weil es außer der Amtsstube keine Infrastruktur gab, um diesem Phänomen zu begegnen. In den 1990er Jahren nahm als Konsequenz des Inkrafttretens des Schengener Abkommens



Abb. 1: Foto: Gilles Reckinger, März 2010

Abb. 2: Foto: Carole Reckinger, Juli 2013



Abb. 3: Foto: Gilles Reckinger, Juli 2013

und der damit einhergehenden Erschaffung eines gemeinsam zu regierenden Raumes der Freizügigkeit für BürgerInnen im Innern Europas, der zugleich eine neue supranationale Außengrenzpolitik hervorbrachte, dieses Phänomen der Bootsmigration langsam zu. Davon war bei Weitem nicht nur Lampedusa betroffen. Betrachtet man nur Italien, gibt es andere Inseln, die aufgrund ihrer Lage ebenso angesteuert werden können: Pantelleria, Linosa, aber auch Sizilien oder sogar das Festland in Kalabrien. In den 1990er Jahren kam nun der italienische Staat auf den Plan, mit dem Interesse, die Bewegungen an den Grenzen zu kontrollieren. Es war eine politische Entscheidung, genau in Lampedusa die Flüchtlingsinfrastruktur aufzubauen. Einerseits wurde ein Erstaufnahmelager auf der Insel installiert, andererseits wurden verschiedene Polizeiverbände auf der Insel stationiert, die nunmehr den Booten entgegenfuhren, um den Menschen zu helfen, wenn sie in Seenot geraten waren, und die Boote in den Hafen von Lampedusa zu schleppen. Das Argument war also primär ein humanitäres, doch die Konsequenz war, dass damit verstärkte Kontrolle über die Seegrenze gewonnen wurde. Vor allem aber entstanden nun die Bilder, die wir heute kennen. Denn wenn in jedem Ort, der an der südlichen Grenze Europas liegt, in unregelmäßigen Abständen gelegentlich ein Flüchtlingsboot landet, dann kann man damit nicht die Bilder über Massenimmigration und Flüchtlings»wellen« erzeugen, die uns heute medial vermittelt werden und die wir als MedienkonsumentInnen so sehr verinnerlicht haben, dass wir an Lampedusa gar nicht mehr anders denken als in diesen Kategorien. Fast immer, wenn über Lampedusa gesprochen wird, wird gleichzeitig ein Krisendiskurs geführt.

Es geht also um eine Ökonomie der Aufmerksamkeit. Die europäischen Politiken sind weitgehend über diese medialen Konjunkturen gesteuert. Auch wenn wir im Moment nichts davon erfahren, ist es nicht so, dass keine Boote in Lampedusa ankommen, und es ist auch nicht so, dass jetzt gerade keine Menschen auf dem Weg nach Europa ertrinken.³

Wenn europäische Medien und hochrangige Politiker die kontinuierliche Folge der Bootskatastrophen mit vermutlich hunderttausenden Toten mit alarmistischer Betroffenheit als schicksalhafte Einzelfälle

3 Auch eine gute Woche vor dem 3.10.2013 verweigerte Malta während drei Tagen einem Flüchtlingsboot die Einfahrt in den Hafen, weil sich das Boot nicht in Seenot befand.

präsentieren, zeugt dies von einer zu kurzen Aufmerksamkeitsspanne und oberflächlichem Aktionismus.

Die politische Lösung, die seit Oktober 2013 europaweit angestrengt wird, sieht eine Verstärkung des Grenzschutzes vor, und zwar »zum Schutz der Flüchtlinge«, wie es heißt. Dazu werden die Missionen der Grenzschutzagentur Frontex verstärkt – Frontex ist mithin die einzige Institution, deren Budget im »Krisenjahr« 2011, als die Bankenkrise radikale Sparpolitiken einleitete, sogar innerhalb eines laufenden Budgetjahres vom Straßburger Parlament verdoppelt wurde. Außerdem wird seit 2013 das Überwachungssystem Eurosur forciert. Die damalige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström resümierte die Anstrengungen der EU-Kommission wie folgt: »Eurosur will help and detect criminal networks' activities and will be a crucial tool for saving migrants who put their lives at risk trying to reach EU shores.«⁴

Es ist aufschlussreich zu sehen, wie hier zwei Dinge zugleich verhandelt werden: Flüchtlingssicherheit im Gegensatz zu Grenzsicherheit. Deutlich wird, dass die Repression im Mittelpunkt steht, also eine militärische Lösung intendiert ist – es wird von Schleppernetzen und Kriminalität gesprochen – und nicht, wie man in Bezug auf Flüchtlingsschutz erwarten würde, eine humanitäre Lösung. Der Sicherheitsdiskurs, der seit den frühesten Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft um eine gemeinsame Regierung der Grenzen nachgewiesen werden kann⁵, legitimiert neue Grenzschutzinstitutionen und -dispositive.⁶

Und die Maßnahmen zeigten schnell Wirkung: In den ersten Jänbertagen 2014 berichtete die Nachrichtensendung »Zeit im Bild«, es

4 European Commission, Press Release: EUROSUR: »Connecting the dots« in border surveillance, 2013, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-1528_en.htm (Zugriff: 6.12.2014).

5 Silja Klepp: Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingsschutz: Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer. Bielefeld 2011.

6 Das bedeutet in der Praxis für die betroffenen MigrantInnen, die oft vor Kriegen und aus Militärdiktaturen geflüchtet sind und zum Teil schwere Traumata erlitten haben, dass ihr erster Kontakt mit dem demokratischen Europa ein Kontakt mit der Polizei oder dem Militär ist. Budgets für Sozialassistenten oder psychologische Betreuung gibt es kaum. Die italienischen, maltesischen, griechischen und spanischen Behörden werden von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert, weil oft versäumt werde, die Migranten und Migrantinnen über ihre Rechte aufzuklären, insbesondere über das Recht, Asyl zu beantragen.

seien in den ersten zwei Tagen des Jahres 2014 bereits 1 000 Menschen im südlichen Mittelmeer vor Italien gerettet worden. Der Sprecher betonte die rettende Effizienz der neuen Maßnahmen. Wir müssen uns aber auch die umgekehrte Frage stellen: Wenn jetzt 1 000 Menschen in zwei Tagen gerettet werden, wie hoch ist dann die Dunkelziffer derer, die in den Jahren zuvor ertrunken sind? Die Aussicht, dass es jeden Tag 500 Tote sein könnten, ist beklemmend.

Doch lassen Sie uns noch einmal einen Schritt zurück treten.

Das bisher Formulierte kann aus ethnologischer Sicht als Ausdruck der vielfältigen Regierungspraktiken an und um Europas Außengrenze gelesen werden.⁷ Mit dem Alltag der Menschen auf Lampedusa hat es aber wenig zu tun. Denn die ethnographische Erforschung dieser Insel und ihrer Bedingungen bringt Erstaunliches zu Tage. So zitiert Stefano Liberti einen einheimischen Restaurantbesitzer, der behauptet, Lampedusa sei die einzige Gemeinde Italiens, in der es keine Ausländer gebe.⁸

Im Zuge unserer mehrjährigen Forschung in Lampedusa⁹ lernten wir viele Menschen kennen, lernten die spezifischen Mechanismen der Inselgesellschaft zu verstehen: die Armut – im Winter sind 80% der *lampedusani* arbeitslos –, die Versorgungsengpässe – die Lebensmittel und das Trinkwasser kommen mit der Fähre, die im Winter auch wochenlang ungeplant ausbleiben kann –, die fehlende Infrastruktur, die völlig unzureichende medizinische Versorgung. Wir erforschten das Zusammenspiel der unterschiedlichen lokalen, nationalen, europäischen und diskursiven Ebenen. Aber es dauerte drei Jahre, bis wir das erste Mal mit einem Flüchtling sprechen konnten, und glauben Sie mir: Wir haben uns bemüht.

7 Klepp 2011 (wie Anm. 5); Transit Migration (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld 2007; Sabine Hess, Bernd Kasperek (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin, Hamburg 2010; Gilles Reckinger: Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas, Wuppertal 2013.

8 Stefano Liberti: A Sud di Lampedusa. Cinque anni di viaggi sulle rotte dei migranti. Roma 2008.

9 Die Forschung in Zusammenarbeit mit Dr. Diana Reiners fand zwischen 2008 und 2012 statt und wurde vom Fonds Culturel National (Luxembourg) sowie vom Theodor-Körner-Fonds gefördert und 2013 mit dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch ausgezeichnet.

Aber wieso gelang es uns nicht?

Die Unsichtbarmachung der MigrantInnen beginnt im Moment ihrer Ankunft in Europa: Das Flüchtlingslager liegt versteckt in der Mitte der Insel, in der einzigen Talsenke. Ohne Ortskenntnisse ist es nicht zu finden. Obwohl die Insel sehr klein ist – das Luftbild hat fast die Hälfte der Insel im Blick – werden die Flüchtlinge also sehr gut versteckt. Hinzu kommt, dass die MigrantInnen *de facto* eingesperrt sind (obwohl dies *de jure* menschenrechtswidrig ist) und dass sie relativ bald¹⁰ nach ihrer Ankunft weitertransportiert werden, nach Sizilien oder aufs Festland, wo das Asylverfahren aufgenommen wird.¹¹

Dass die Flüchtlinge aus dem Alltag der *lampedusani* ausgeblendet bleiben, ist also *ein* Ergebnis der Grenzpolitik.

Erst seit dem Arabischen Frühling 2011 sah man die Flüchtlinge auch in den Straßen Lampedusas. Nicht etwa, weil der »Ansturm« auf Lampedusa diesmal so groß gewesen wäre, dass die Insel mit der Zahl der MigrantInnen überfordert gewesen wäre. Denn tatsächlich flüchtete nur ein Bruchteil der Menschen, die vor den Bombardements aus Libyen flohen, nach Europa. 53 000 kamen 2011 nach Lampedusa, aber im gleichen Zeitraum flohen ca. 800 000 Menschen nach Tunesien, das sich zu diesem Zeitpunkt in einer großen politischen Umbruchphase befand und trotzdem in der Lage war, diese Menschen aufzunehmen.¹² Nein, man sah die MigrantInnen jetzt, weil 2009 im Zuge des so genannten »Freundschaftsabkommens« zwischen Italien und Libyen und in Folge der von der Lega Nord bestimmten italienischen Innenpolitik auch das Flüchtlingsaufnahmelager in Lampedusa kurzerhand geschlossen worden war. In diesem »Freundschaftsabkommen« mit Muammar al Gaddafi, um das sich Silvio Berlusconi persönlich bemüht hatte, ging es um verschiedene Verhandlungspunkte, unter anderem um die Grenzpolitik. Libyen gestattete Italien, Grenzkontrollen in libyschen Gewässern durchzuführen, was das Ablegen von Booten aus Libyen stark einschränkte. Zugleich führte die libysche Polizei auch Razzien in den

10 Das Gesetz sieht 72 Stunden vor, meistens dauert es etwas länger, in selteneren Fällen auch Monate.

11 Direkt aus Lampedusa werden nur MigrantInnen abgeschoben, die aus Ländern kommen, mit denen Italien Rücknahmeabkommen abgeschlossen hat, z.B. TunesierInnen.

12 Reckinger 2013 (wie Anm.7).

Hafenstädten durch, bei denen Menschen mit dunkler Hautfarbe aufgegriffen, inhaftiert oder sogar in der Wüste ausgesetzt wurden. Diese Maßnahme betraf viele GastarbeiterInnen aus subsaharischen Ländern, die gar nicht die Absicht hatten, Libyen verlassen zu wollen.

In den ersten Monaten des Arabischen Frühlings 2011 blieb also in Ermangelung einer geeigneten Unterbringung nichts anderes übrig, als die vielen Ankommenden am Hafen von Lampedusa und auf dem angrenzenden Fußballplatz unter freiem Himmel erstzuversorgen. Und auf einmal gab es sie, die Bilder der »übervölkerten« Insel, auf der nun fast so viele Flüchtlinge waren wie Einheimische, und die durch die Flüchtlinge an den Rand ihrer Kapazitäten kam.

Wieder war ein neuer Krisendiskurs geschaffen, und der Ausnahmezustand, der dann ausgerufen wurde, hatte für Lampedusa – wie alle Notstandsregime zuvor – überwiegend negative, aber kurzfristig auch einige positive Folgen:

1. Endlich wurde der jahrelange Ruf von NGOs gehört, dass die MigrantInnen entgegen der gesetzlichen Vorschriften, statt 72 Stunden oft monatelang festgehalten worden waren und zudem das Lager nicht verlassen durften, anstatt zur Identifikation und der Aufnahme des Asylverfahrens in Zentren auf dem Festland verlegt zu werden.

2. Die anwesenden und anreisenden JournalistInnen und PolizistInnen belegten im Winter die Hotelbetten, was für die vollständig vom Sommertourismus abhängige lokale Ökonomie wichtige Zusatzeinnahmen möglich machte.

3. Erstmals seit Jahren war es den Einheimischen möglich, mit den MigrantInnen in Kontakt zu kommen und damit der Entfremdung von den streng abgeriegelten Bootsanlandungen, die das öffentliche Bild ihrer Insel prägen, entgegenzuwirken.

Denn sowohl die jahrelange Unsichtbarmachung der Flüchtlinge auf Lampedusa als auch ihre plötzliche Präsenz sind letztlich Ergebnisse europäischer und nationaler Grenzpolitik, auf die die lokale Bevölkerung kaum Einfluss hat.

Die Aussage des oben erwähnten Restaurantbesitzers, es gebe keine MigrantInnen auf Lampedusa, stimmt heute zwar nur mehr zum Teil, aber im Kern behält er Recht: Die MigrantInnen dürfen zwar während der Erstaufnahme heute durch die Straßen gehen, aber sie bleiben nicht auf der Insel. Lampedusa ist keine Aufnahmegesellschaft, sondern ein Transitort.

Die viel zitierte Überforderung und die vor den Kameras geäußerte Wut mancher BürgerInnen über die Ereignisse im Frühjahr 2011 richtete sich demnach auch nicht gegen die MigrantInnen *per se*, sondern gegen die nationale und europäische Politik, von der sich die lokale Inselbevölkerung in Fragen der Unterbringung der Bootsflüchtlinge ebenso wie in Fragen des Bildungssystems, der Arbeitslosigkeit oder des Gesundheitswesens im Stich gelassen fühlt.

Der Krisendiskurs ist aber ebenso wie der Sicherheitsdiskurs Teil eines vielschichtigen Verschleierungsmechanismus, der unter Berufung auf Handlungszwänge institutionelle Kontrolle und Dispositive legitimiert.

Ein Blick in die Zahlen reicht aus, um ins Bewusstsein zu holen, dass der konstruierte Flüchtlings»strom« oder die Flüchtlings»welle« eher ein europäisches Schreckgespenst denn Realität ist: 80% der MigrantInnen, die ohne legale Aufenthaltspapiere in Europa leben, sind *visa overstayers*, d.h. Menschen, die legal mit temporären Visa eingereist sind und den Schengener Raum nach Ablauf der Gültigkeit nicht wieder verlassen haben. In Lampedusa kamen in den letzten Jahren vor dem arabischen Frühling jährlich ungefähr 30 000 Flüchtlinge an. Wenn man dies in Verhältnis zu den 507 000 000 EinwohnerInnen der Europäischen Union setzt, muss man den Begriff der *Welle* relativieren.

Noch deutlicher wirkt diese Verschleierung im Falle des positiv besetzten Rettungsdiskurses, der sich in Begriffen wie des »sicheren« Festlandes oder der Bezeichnung *Centro di accoglienza* spiegelt. Neben der Bedeutung der Erstaufnahme schwingt in dem italienischen Begriff eine weitere Konnotation mit: Gastfreundschaft. Diese euphemisiert, dass es sich um eine Internierung in einem Flüchtlingslager handelt.

Wieder möchte ich das Beispiel einer Schlagzeile in den Nachrichten der letzten Wochen anführen.¹³ Im Aufnahmelager in Italien wurden Bilder gedreht, die zeigten, wie Flüchtlinge im Hof des *Centro di*

13 Lampedusa ist tatsächlich dermaßen medialisiert, dass man zeitlich nie weit zurückgreifen muss, um in den Archiven der Medien oder der politischen Chronik Beispiele zu finden. Dies stellt zugleich die größte Gefahr des Arbeitens in und über Lampedusa dar, weil darüber wiederum leicht in Vergessenheit geraten kann, dass es sich um Prozesse handelt, die langfristig wirksam sind und nicht mit dem bloßen Unterlassen oder Verändern kurzfristiger Entscheidungen beeinflusst werden können, und man damit auch als Forschende/r leicht in die Falle der Kurzlebigkeit und Aufgeregtheit tappen kann.

accoglienza in Lampedusa nackt mit einem Schlauch desinfiziert wurden. Im Anschluss an die Veröffentlichung dieser Bilder wurden menschenunwürdige Bedingungen medial breit kritisiert. Wieder ist es eine Momentaufnahme: Schon seit vielen Jahren gibt es Mahnungen von Beobachtern über die desolaten hygienischen Zustände im Flüchtlingslager und die häufige Überbelegung. Aber einmal mehr ist es der »umgekehrte Moment«, an dem sich der Skandal entzündet. Nicht die jahrelangen desolaten Zustände sind es, sondern die industrielle Desinfektion, die den Internierungslagercharakter als totale Institution und die Entindividualisierung und Entmenschlichung der MigrantInnen sichtbar machen. Es ist nicht das Versagen der Dispositive zur Migrationskontrolle, sondern gerade ihr kafkaeskes Funktionieren, das vor Augen führt, welche Folgen die Sicherheitsregime und Bedrohungsdiskurse für die Insassen der Lager haben.

Dabei stellen sich für die Betroffenen sogar die Identifikations- und Abschiebelager als bessere Alternative dar gegenüber der Prekarität, in die sie entlassen werden.

Abbildung 4 zeigt eine Behausung, die ein paar Männer aus Afghanistan sich unter einer Autobahnbrücke gebaut haben. Als wir in die sizilianische Stadt Caltanissetta kamen, waren wir tatsächlich erstaunt, wie viele MigrantInnen sich dort *vor* den Toren des Lagers aufhielten. Wir fragten sie, warum sie nicht im Lager seien, oder nicht an einem anderen Ort, denn wir stellten uns vor, dass sie vielleicht schon mit Papieren entlassen worden seien, und dann hätte es aus unserer Sicht keinen Sinn ergeben, noch hier zu bleiben. Ebenso konnten wir uns nicht vorstellen, wieso man noch hierbleiben sollte, wenn man abgewiesen worden war.

Es stellte sich heraus, dass diese Menschen nicht über Lampedusa, sondern auf anderen Wegen nach Italien gekommen waren. Sie mussten vor dem überfüllten Lager warten, bis man sie einließ, um ihr Verfahren zu beginnen bzw. ihre temporären Papiere zu verlängern.

Die meisten der Männer hatten Hautausschläge und andere Erkrankungen vom Leben an diesem Ort, sie litten Hunger und ernährten sich von abgelaufenen und weggeworfenen Mahlzeiten aus dem Flüchtlingslager. Diese Menschen tauchen in keiner Statistik auf. Offiziell gibt es sie nicht. Sie haben demnach keinerlei Möglichkeit, eine Form der Assistenz zu erhalten, keine NGO kümmert sich um ihr Schicksal.

Solange die MigrantInnen sich im Dazwischen befinden, noch nicht in das Identifikationslager (und damit in die Statistik) aufgenommen



Abb.4: Foto: Carole Reckinger, Dezember 2012



Abb. 5 und 6: beide Fotos: Carole Reckinger, Dezember 2016

und noch nicht abgeschoben sind, im Niemandsland zwischen den Staaten, nicht mehr BürgerInnen ihres Herkunftslandes – oder dort verfolgt – und noch nicht nach europäischem und internationalem Recht anerkannt sind, befinden sie sich in einem rechtsfreien Raum, in dem ihre (Menschen-)Rechte *de facto* außer Kraft gesetzt sind.

Doch was passiert nun, wenn ihnen ein Aufenthaltstitel zuerkannt wurde?

Für die meisten Flüchtlinge stehen keine Unterkunft und keine finanzielle Unterstützung zur Verfügung, weil es an Plätzen mangelt. Um zu überleben, müssen sich viele der Männer in der Landwirtschaft in Süditalien, auf den Orangenplantagen in der Zone um die kalabrische Stadt Rosarno als Tagelöhner verdingen, in Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die an Sklaverei erinnern.¹⁴ Dabei handelt es sich um die andere Seite der gleichen Medaille, und es ist wichtig, diesen Zusammenhang zu unterstreichen. Die neue Sklaverei, die sich nicht nur in Italien ausbreitet, ist die andere Seite der Abschottung an den Grenzen. Denn sie impliziert, dass wir die Menschen, die doch hereinkommen nach Europa, weil die Grenze nicht hermetisch abgeriegelt ist, im untersten, am stärksten von Ausbeutung gekennzeichneten Segment des europäischen Arbeitsmarktes wiederfinden, zu Bedingungen, zu denen die Einheimischen nicht zu arbeiten bereit sind. Das wiederum erinnert an die jahrhundertealte europäische Praxis, ein Dienstleistungsreservoir aus extrem prekarierten Arbeitskräften zu schaffen.¹⁵

Doch warum schaut *hier* niemand hin? Warum sehen wir über diese Zustände nichts im Fernsehen oder in den Zeitungen?

Der eklatante Zustand, die Verhältnisse der »Dritten Welt« mitten unter uns, wird ohne »katastrophales Ereignis« nicht als Krise mediatisiert – im Gegensatz zu Lampedusa. Es scheint ein unterschwelliges Einverständnis zu geben, dass die ungebetenen Flüchtlinge keine sozialen Rechte bekommen. Weil sie in Italien keine Unterstützung erhalten, haben sie keine Wahl als die untersten Positionen des Arbeitsmarktes

14 Gilles Reckinger, Diana Reiners: Der Preis der Orangen. Vom Flüchtling aus Afrika zum Sklaven in Europa, In: Manfred Omahna, Johanna Rolshoven (Hg.): Ver-Arbeiten. Aufsätze und Skizzen zu gesellschaftlichen Umbrüchen in städtischen und ländlichen Räumen. Ein Buch für Elisabeth Katschnig-Fasch (=Grazer Beiträge zur Europäischen Ethnologie, 18). Marburg 2014, S. 67–74.

15 Noam Chomsky: Profit over people. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg, Wien 2001.

einzunehmen. Dabei entsprechen sie dem Geist der ausbeutbaren, extrem flexibilisierten und mobilen Arbeitskraft, die – der neoliberalen Logik entsprechend – austauschbar und in großer Zahl zur Verfügung steht, keine Ansprüche in Bezug auf Arbeitsinhalte, Arbeitszeiten, Verdienst, soziale und medizinische Absicherung stellen kann und sich selbst um ihr Auskommen kümmern muss.

Sie haben keine Bürgerrechte und ihnen fehlt jene gewerkschaftliche Vertretung, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert das Elend des frühen Industriekapitalismus eingedämmt hatte, und die in Europa zu einer weitreichenden sozialen Integration und Absicherung geführt hatte¹⁶, die an zwei Bedingungen gebunden war: Lohnarbeit (und die damit verbundenen Ansprüche an das Sozialsystem) und, vorrangiger noch, die Staatsbürgerschaft bzw. einen legalen Aufenthaltsstatus.¹⁷ Beide Bedingungen haben sich seit den 1980er Jahren stark verändert. Die neoliberale Erosion gesicherter Arbeitsverhältnisse führte zu einer neuen Ausbreitung von Prekarität und Armut, die die nie verschwundenen, aber zumindest materiell gedämpften Klassegegensätze wieder stärker hervortreten lässt.¹⁸ Die Frage der Staatsbürgerschaft zeigt eine ebenso ambivalente Rhetorik: Während im Inneren der EU die Freizügigkeit der EU-BürgerInnen erweitert wird, schotten sich die Mitgliedsstaaten zunehmend nach außen ab. So wie sich am Rande der Arbeitsgesellschaft eine Zone der Prekären ausbildet, denen die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit versagt bleibt, wird auch in der Frage des Zugangs zu den Bürgerrechten eine Zone geschaffen, in der sich die Illegalisierten ebenso wiederfinden wie die »aus humanitären Gründen« Geduldeten: Beide Gruppen bleiben ohne Recht auf Arbeit und Existenzsicherung.¹⁹

Die andere Seite der gleichen Medaille also: So wie Grenzsicherheit – das ist gegenwärtig gleichbedeutend mit Militarisierung und dem poli-

16 Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz 2000.

17 Diana Reiners: *Verinnerlichte Prekarität. Jugendliche MigrantInnen am Rande der Arbeitsgesellschaft*. Konstanz 2010.

18 Ebd.

19 Reckinger, Reiners 2014 (wie Anm. 14). Die Menschen in den Slums von Rosarno haben in der Tat ganz unterschiedliche rechtliche Status: Es gibt unter ihnen sowohl Abgewiesene, als solche, die noch im Verfahren sind, als auch aus humanitären Gründen Geduldete oder anerkannte Flüchtlinge.

tischen, technologischen und rechtlichen Zugriff auf Sicherheitsaspekte²⁰ – verstärkt wird, um Seenot zu »bekämpfen«, so wird auch im Inneren Sicherheitspolitik betrieben, um angeblich soziale Not zu bekämpfen: Es ist das Innenministerium, das die Zeltstadt in Rosarno gebaut hat, und die Polizei kontrolliert regelmäßig im Slum²¹. Es geht dabei nicht darum, die Armen vor Hunger, Krankheit und Verelendung zu bewahren, sondern den Arbeitsmarkt vor den unerwünschten Zuwanderern zu schützen, bzw. die neue Reservearmee, die sich herausbildet, dort einzusetzen und zu konzentrieren, wo sie gebraucht wird.²²

Doch die Arbeitenden können ihre Rechte nicht einfordern und sind auf Gedeih und Verderb der Willkür der ArbeitgeberInnen ausgesetzt. Es geht hier um nichts weniger als die Sklaverei unserer Zeit. Es gibt jedoch einen Unterschied zu früheren Ausprägungen von Sklaverei: Diese Menschen besitzen sich selbst, aber sie haben nichts mehr zu verlieren. Angesichts ihrer strukturellen Unsichtbarmachung brauchen die herrschenden Klassen im marxischen Sinne aber noch nicht zu erzittern, denn auch wenn die neuen Sklaven nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, haben sie mit Sicherheit keine Welt zu gewinnen.

Es geht dabei um die gesellschaftliche Vorstellung des unberechtigten Zutritts, so als sei die Europäische Union (und die Nationalstaaten) ein Privatraum. Obwohl Migration diskursiv abgelehnt wird, wird das ökonomische Potential, das mit Migration verknüpft ist, genutzt.²³ Die systematische Abwertung der MigrantInnen macht die Beschäftigung zu menschenunwürdigen Löhnen erst möglich: Das oft ins Feld geführte Argument, die Menschen hätten im Heimatland doch noch weniger verdient, lässt sich aus den ethnographischen Gesprächen widerlegen. Einmal mehr halten die in Europa konstruierten Bilder den realen Ver-

20 Hess, Kasperek 2010 (wie Anm. 7), Klepp 2011 (wie Anm. 5).

21 Außer der Bereitstellung und dem Aufbau der Zelte gab es keine weitere Unterstützung seitens des Staates. Zur Realisierung des geplanten Anschlusses an das Elektrizitätsnetz kam es beispielsweise nie.

22 Siehe dazu unser aktuelles Forschungsprojekt www.bitter-oranges.com.

23 Deutlich wird dies auch an der Bewertung und Klassifizierung der Migration in »Fachkräfte« – der Wert wird hier an den ökonomischen Nutzen geknüpft – im Gegensatz zu den unerwünschten »Wirtschafts-« oder »Armutsflichtlingen«, die keinen Nutzen zu bringen scheinen (abgesehen davon, dass diese Kategorie vor allem ein diskursives Konstrukt ist).

hältnissen nicht Stand: Zwei Cent für ein Kilo gepflückte Orangen sind auch außerhalb Europas kein guter Lohn.

Und das gleiche abwertende, koloniale Denken zieht sich, verschleiert, durch die gesamte Ökonomie. Die günstigen Preise für Südfrüchte, aber auch für Kleidung und andere Dinge werden möglich durch die Ausbeutung der entfernten, unsichtbaren Fremden.

Nun habe ich viel über Migration gesprochen, über Flüchtlinge und über das europäische Grenzregime und seine Ambivalenzen. Dass ich ausgerechnet in meiner Antrittsvorlesung den Fokus nicht so stark auf meine empirische Forschung lege – nämlich auf die Menschen in Lampedusa, die *lampedusani*, die Einheimischen und ihre Lebenslagen, Strategien, Praktiken und Geschichten, und die Geschichten und Erzählungen der MigrantInnen in Lampedusa und Kalabrien, ist ein Effekt – und zwar ein schwerwiegender – der Diskursivierung der europäischen Außengrenze und der gegenwärtigen, aufgeregten Bilderpolitik. Es ist eine wichtige Strategie, diesem Alarmismus – dem Terror der Notstandsdiskurse – entgegenzutreten und einen anderen, langsamen, sorgfältigen Blick auf die verschiedenen Ebenen der Realität zu werfen.

Jedoch wurde ich in den letzten Monaten kaum nach dieser Perspektive gefragt, nach den Kontinuitäten, der Langzeitlichkeit, danach, wie es Menschen geht, deren Leben von Warten, Abhängigkeit, Isolation und zu wenig Handlungsspielräumen geprägt ist.

Wissenschaft – Medien – Öffentlichkeit

Nach dem Bootsunglück am 3. Oktober 2013 wurde ich zunehmend von JournalistInnen, NGOs, Gewerkschaften, FachkollegInnen etc. kontaktiert, weil sie sich von mir Antworten auf viele Fragen erhofften.

Die drängenden Fragen um die Außengrenze und der Umgang mit Migration kristallisieren sich am Label Lampedusa, die gesellschaftlichen Phantasmen und Projektionen ebenso. Auch mir wurde dieses Etikett angeheftet, und seither klebt es fest an mir. In intensivem Austausch mit meinen KollegInnen des Forschungsschwerpunktes »Kulturelle Begegnungen – Kulturelle Konflikte« und des Instituts für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie an der Universität Innsbruck reflektierte ich diese plötzliche Aufmerksamkeit und Wahrnehmung meiner Person als Experte für dieses Thema. Ich entschied mich

nach intensiver Rücksprache dafür, mich den Fragen auszusetzen, und ein Engagement für eine Korrektur der Vorstellungen über Lampedusa zu versuchen – auch wenn mir von vorne herein bewusst war, dass ich dazu nicht immer nur ethnologisch würde argumentieren können.

Die mediale Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse über komplexe gesellschaftliche Prozesse stellt sich dabei als schwierig dar. Die Bilder zu entkräften, die wir seit Jahren gebetsmühlenartig vorgezogen bekommen und Wahrnehmungsroutinen aufzubrechen, ist eine Herausforderung, der sich eine Person, ein einzelner Wissenschaftler oder eine einzelne Wissenschaftlerin, nicht allein stellen kann, genauso wenig wie ein aufgeklärter Journalist oder eine aufgeklärte Journalistin.

Es ist mir nicht daran gelegen, in eine pauschalisierende Medienschele zu verfallen. Es geht vielmehr darum, sich zu vergegenwärtigen, dass das journalistische Feld – ebenso wie alle anderen sozialen Felder – bestimmten Regeln und Logiken unterworfen ist²⁴, die auf die Art und Weise zurückwirken, wie berichtet wird (und worüber berichtet wird). Die Ökonomisierung auch dieses Feldes, die Unterwerfung unter die Regeln des Marktes ist dabei der Kern des Problems: Die Jagd nach Scoops, der Kampf um Aufmerksamkeit, das Primat der Einschaltquoten, aber auch die Konkurrenz innerhalb des Feldes und die extremen Gehalts- und Statusunterschiede zwischen etablierten und prekären, buchstäblich nach Zeichen bezahlten JournalistInnen haben dazu geführt, dass die Medien – oft aus Zeitmangel – eine aus disparaten Momentaufnahmen zusammengesetzte Repräsentation der Welt vermitteln²⁵, die zum Teil wie in einem geschlossenen System zirkulieren. Da kann es vorkommen, dass – wie einleitend erwähnt – unbemerkt ein australisches Bild unter die Fotos aus Lampedusa gerät. Damit gelingt es vielfach nicht, die Ereignisse, über die berichtet wird, in den Kontext zu stellen, aus dem sie erwachsen. Das wiederum trägt dazu bei, dass PolitikerInnen und andere EntscheidungsträgerInnen durch diese Vorgehensweise ebenfalls darin bestärkt werden, sich auf kurzfristige Unternehmungen mit dem entsprechenden »Ankündigungseffekt« zu konzentrieren, wie Pierre Bourdieu schreibt.²⁶ Man kann die Forcierung

24 Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998.

25 Ebd.

26 Ebd.

von Eurosur, Mare Nostrum und weiteren Missionen im Mittelmeer auf diese Art und Weise lesen.

Das Bild, das die Fernsehnachrichten von der Welt vermitteln, spiegelt eine enthistorisierte und enthistorisierende, atomisierte und atomisierende Sichtweise. Die strukturelle Aufmerksamkeit für das Spektakuläre führt zur Zeichnung einer Welt voller Gewalt und Notstände, denen man allenfalls begegnen, auf die man nur reagieren kann. Die einzelnen BürgerInnen erscheinen darin überhaupt nicht mehr handlungsfähig, allenfalls »Profis«, PolitikerInnen, wird Handlungsfähigkeit dann noch zugeschrieben. Der fatalistische Rückzug, der daraus resultiert, spielt wiederum den etablierten Mächten in die Hände.²⁷ Und gerade im Hinblick auf die europäische Außengrenze lässt sich deutlich nachvollziehen, dass wirkmächtige politische Entscheidungen weitgehend über Meinungen und Bilder getroffen werden, und selten aufgrund einer umfassenden Sachkenntnis oder eines tieferen Verständnisses.²⁸

Viele engagierte, seriöse JournalistInnen leiden unter diesen Mechanismen und arbeiten sich an deren Widersprüchen ab. Sie tun sich jedoch schwer, denn proportional sind die lauten Stimmen überrepräsentiert. Und sie werden besser gehört.

Das sind freilich Bedingungen, die uns WissenschaftlerInnen die Möglichkeit, über unsere Arbeit in Massenmedien zu sprechen, oftmals skeptisch sehen lässt. Doch ich sehe eine der Aufgaben der reflexiven Kulturwissenschaften und der Ethnologie darin, an diesem gesellschaftspolitisch höchst relevanten Punkt die ihnen eigenen Instrumente der Analyse zur Verfügung zu stellen, um der gegenwärtigen Politik scheinbarer Sachzwänge eine reflexive Perspektive entgegen zu setzen. Die Beschreibung des Alltags, des »Normalen« in vielen Kontexten, kann dazu beitragen, ein möglichst breites Verständnis für die Komplexität, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit unserer Gesellschaften zu schaffen. Durch differenziertes Wissen über die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und die ungleichen sozialen Lagen von Menschen unterschiedlicher Milieus, die allzu oft plakativ dargestellt werden – die Menschen in den Booten bleiben gesichts- und geschichtslos –, wird jenen zerstörerischen Kräften die Grundlage entzogen, die sich die Komplexität unserer Gegenwart zunutze machen, um mit einfachen,

27 Ebd.

28 Reckinger 2013 (wie Anm. 7).

schnellen Urteilen und Lösungen Ängste zu schüren. Es ist wünschenswert, dass künftig häufiger langsam geschaut wird – kein Plädoyer für Weltfremdheit, sondern für Aufmerksamkeit.²⁹

Das klingt einfacher als es ist, aber die Bemühung darum lohnt sich. Um den Preis manchmal verzerrender oder verkürzender Darstellungen besteht doch die Chance, in der Auseinandersetzung mit den Medien einen Perspektivwechsel zu beginnen oder an einem Perspektivwechsel mitzuarbeiten, der Kritik an den herrschenden Darstellungen übt.

Zur Notwendigkeit eingreifender Wissenschaft

Damit ist etwas angesprochen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt und was im Titel meiner Antrittsvorlesung bereits benannt ist: die Notwendigkeit eingreifender Wissenschaft im Sinne Pierre Bourdieus, wie sie auch Elisabeth Katschnig-Fasch fasste.³⁰

Angesichts der problematischen Grenz- und Migrationspolitiken in Europa gilt es, empirische Ergebnisse und methodisch gewonnene Evidenz als Argumente entgegenzusetzen, also das zu tun, was wir gelernt haben: wissenschaftliche Arbeit leisten. Die Ideologie der Alternativlosigkeit und Unveränderlichkeit präsentiert sich bei genauerem Hinsehen als eine Kette von Autoritätseffekten, mit der »Widerständigkeit von Dingen«³¹: militärischem Wissen, rüstungsindustriellen Interessen³², populistischer Meinungspolitik³³ oder Laissez-Faire-Ideologie, medialer Konstruktion von Krisen etc.

29 Ebd.

30 Bourdieu 1998 (wie Anm. 24); Ders: *Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung* (=Raisons d'agir, 7). Konstanz 2001; Elisabeth Katschnig-Fasch: *Das ganz alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus*. Wien 2003.

31 Pierre Bourdieu: *Familiensinn*. In: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M. 1998, S. 126–136.

32 Die ständig wachsenden Budgets für die Agentur Frontex werfen durchaus die Frage auf, wer denn eigentlich in der Lage ist, die geforderte Technologie zu liefern und zu betreiben.

33 Vor allem die Berlusconi-Regierung hat mit ihren schillernden Entscheidungen in Bezug auf die Südgrenze vieles von dem erzeugt, das bis heute problematisch nachwirkt.

Es ist die Aufgabe und das Potenzial der Sozial- und Geisteswissenschaften, diese Zusammenhänge zu dekonstruieren und, wie Bourdieu sagt, aufzuzeigen, dass dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrundeliegt.³⁴

Um gerade den oft überhörten Geistes- und Sozialwissenschaften mehr Gewicht zu verleihen, sollten sich die Wissenschaften die Strukturen geben, interdisziplinäre und internationale Forschungskollektive zu entwickeln – und der Forschungsschwerpunkt »Kulturelle Begegnungen – Kulturelle Konflikte« in Innsbruck ist ein gewichtiger Schritt in diese Richtung –, die ForscherInnen, aber darüber hinaus auch politisch Handelnde, SozialarbeiterInnen, AktivistInnen, BürgerInnen und Nicht-BürgerInnen etc. versammeln³⁵. Im Sinne des *croisement des savoirs* (Groupe de recherche Quart-Monde-université 1999³⁶), der Kreuzung des Wissens, richtig übersetzt der Kreuzung *der Wissen* (in der Mehrzahl), also Fachwissen, Praxiswissen, Erfahrungswissen etc., können so neue Ausdrucksformen gefunden werden, dieses zusammengeführte Wissen als Handwerkszeug zur Verteidigung gegen die symbolische Herrschaft des dauerhaft ausgerufenen Notstandes zu verbreiten.³⁷

Es steht außer Frage, dass die WissenschaftlerInnen, die sich zu politischen Fragen äußern, damit noch lange nicht zu PolitikerInnen werden. Sie bringen vielmehr ihre fachliche Kompetenz und die mit ihrem Berufsethos verbundenen Werte der Wahrhaftigkeit und Uneigennützigkeit³⁸ in die Auseinandersetzung ein. Dabei liegt die Herausforderung, aber auch das Potenzial der WissenschaftlerInnen darin, Kritikfähigkeit und Reflexivität gerade in den Momenten anzuwenden und zu schärfen, in denen sie in der Öffentlichkeit stehen.

34 Bourdieu 1998 (wie Anm. 24).

35 Siehe ebd.

36 Groupe de recherche Quart monde-université (Hg.): *Le croisement des savoirs: Quand le Quart monde et l'université pensent ensemble*. Paris 1999.

37 Dabei ist die Kreuzung von wissenschaftlichen Methoden, Herangehensweisen und Wissen mit dem alltäglichen Praxiswissen der handelnden Akteure bereits eine politische Haltung: Sie entschärft die Hierarchiebeziehung zwischen der Definitionsmacht der Wissenschaften und dem empirischen Handlungswissen, Erfahrungsschatz und Interpretationsweisen der sozialen Welt aus der Perspektive der AkteurInnen und erweitert die Perspektive um ein partizipatives Element.

38 Bourdieu 2001 (wie Anm. 30).

Denn tatsächlich – und das ist sicherlich einer der Hauptgründe für die Skepsis vieler WissenschaftlerInnen, sich aktiv im öffentlichen Geschehen zu positionieren – ist die Liste des im Namen wissenschaftlicher Autorität begangenen Missbrauchs lang. Gerade die Geschichte unseres Faches in Österreich und Deutschland im 20. Jahrhundert, der Europäischen Ethnologie, die aus der Volkskunde entstanden ist, zeigt uns hier, wie schmal der Grad zwischen Forschung, Verführung, Naivität, Anbiederung und Täterschaft ist.

Der kollektive Intellektuelle als Zusammenschluss sach- und fachkundiger spezifischer Intellektueller im foucaultschen Sinne kann sein Denken und Handeln selbst bestimmen, kann sich also jene Autonomie erhalten, die sich die Wissenschaft über Jahrhunderte von den Herrschenden erkämpfen musste.³⁹ Kurz gesagt also geht es darum, verkürzten Autoritätsargumenten die Autorität wissenschaftlicher Rigorosität entgegensetzen – nicht mehr und nicht weniger.

Im Sinne postkolonialer Kritik ist spätestens an dieser Stelle die Frage zu stellen, ob diese Art des Eingreifens der Wissenschaft in gesellschaftliche Herrschafts- und Unterdrückungsprozesse (die sich im Falle der Illegalisierten in ihrer Unsichtbarmachung manifestiert), nicht doch wieder ein Sprechen über und *für* die Unterdrückten ist, das damit aber letztendlich doch wieder den AkteurInnen die eigene Handlungsmacht abspricht.

Ich plädiere dafür, die Öffentlichkeit, die der Wissenschaft gewährt wird, zu nutzen, um die AkteurInnen, die Subalternen, wie die postkoloniale Kritik sie in Anlehnung an Gramsci bezeichnet⁴⁰, darin zu unterstützen, ihre eigene Stimme hörbar zu machen. Autonom und emanzipiert – auch emanzipiert von uns und unseren Kommunikations- und Argumentationskanälen. Wir wissen, dass das leichter gesagt ist als getan und befinden uns darüber in intensiver interdisziplinärer Auseinandersetzung. So lange sie aber zum Schweigen gebracht werden, arbeiten wir daran, die Phänomene von Slums mitten in Europa, den Hunger

39 Ebd. Die Abschaffung des Wissenschaftsministeriums durch die aktuelle Bundesregierung und die Subsumierung seiner Aufgaben im Wirtschaftsressort ist in diesem Sinne ein durch und durch besorgniserregender Schritt, dessen Rücknahme wir als *Academia* weiterhin fordern sollten.

40 Gayatri Chakravorty Spivak: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien 2008.

und den Kältetod am Rande europäischer Städte etc. offenzulegen, *mit* den Betroffenen und nicht über sie zu sprechen⁴¹ und sie aus ihrer eigenen Perspektive verstehen zu lernen⁴².

Unabhängig von der Frage, ob die TagelöhnerInnen in Rosarno, die TomatenpflückerInnen in Apulien, die SaisonarbeiterInnen auf den Gemüsefeldern in Tirol oder die Zimmermädchen in Vorarlberger Hotels mit ihren erzwungenen Lebensbedingungen zurecht kommen und unabhängig davon, ob nun 16 000, 20 000 oder 100 000 Menschen auf dem Grund des Mittelmeeres begraben liegen: Das europäische Migrationsregime, Migration als Gefährdung der Grenzsicherheit zu betrachten, und MigrantInnen deshalb den Zugang zu gleichen Bürgerrechten und angemessenen sozialen Positionen zu verwehren, ist menschenverachtend; es ist sogar tödlich – im Namen der Demokratie, der Freiheit, der Freizügigkeit und des Friedens, hehre Werte, für die Europa stehen will und für die wir alle, als Souverän der Europäischen Union, 2012 den Friedensnobelpreis bekommen haben.

Wir werden von künftigen Generationen daran gemessen werden, ob wir aufgestanden sind gegen dieses Regime, das, in Anlehnung an Jean Ziegler, nicht nur tödlich, sondern mörderisch ist, und *für* ein anderes, soziales Europa der Teilhabe und der Möglichkeiten.

41 Diana Reiners, Gerlinde Malli, Gilles Reckinger: *Bürgerschreck Punk. Lebenswelten einer unerwünschten Randgruppe*. Wien 2006.

42 Michi Knecht: Von der »Kultur der Armut« zu einer »Ethnologie der Ausgrenzung«. In: Dies. (Hg.): *Die andere Seite der Stadt. Armut und Ausgrenzung in Berlin*. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 326–333.

Beyond Alarmism.

Lampedusa and the need for a politically-engaged academia.

The on-going humanitarian plight of the boat people is conveyed as a catastrophe in the media's attention economy. Measures taken in the name of protecting refugees obscure the strengthening of border controls. Yet the perspectives of those involved and the effects policy has on the realities on the ground are ignored – a task for politically-engaged academia.

